

Die "Grenzboten" erscheinen morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Vorkosten erziehen sämtliche Postanstalten Postämtern...

Die schlagzeilige Konparativtabelle über deren Raum kostet 6.- M. einschließlich Postzuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Postzuschlag. Familien-Anzeigen und Stellen-Befunde 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Befunde in Klein-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

GRENZBOTEN

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Programm Lerchenfelds

Die bayrische Regierungsbildung

Das Diktat der Putschisten abgelehnt

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 22. September.

Der ganze Tag ist heute ausgefüllt mit Beratungen der Fraktionen und des interfraktionellen Ausschusses der Koalitionsparteien. Während nach der gestrigen Haltung der Mittelpartei (Deutschnationalen) anzunehmen war, daß diese nicht mehr darauf rechnen, in das neue Kabinett einzutreten, haben sie neuerdings ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der Regierung Lerchenfeld erklärt. Diese neue Haltung der Deutschnationalen hat zu einer ungeheuren Verwirrung und zu neuen Komplikationen geführt. Die Deutschnationalen stellen für ihren Eintritt in die Regierung sechs Bedingungen, worunter u. a. folgende sind:

1. Roth bleibt Justizminister;
2. Poehner bleibt Polizeipräsident und Staatskommissar;
3. der Weiterbestand des Ausnahmezustandes muß gesichert werden.

Innerhalb der Koalitionsparteien, insbesondere in der Bayerischen Volkspartei, gab es lebhafteste Meinungsverschiedenheiten über den Wiedereintritt der Deutschnationalen. Die Bauernbündler und Demokraten erklärten die Bedingungen der Deutschnationalen für unannehmbar, vor allem will man von der Wiederkehr des Justizministers Roth nichts wissen. Als dann aber der Ministerpräsident Lerchenfeld der Bayerischen Volkspartei erklärte, daß er unter keinen Umständen mit dem deutschnationalen Justizminister Roth ein Kabinett bilden könne, war auch diese Frage bei der Bayerischen Volkspartei geklärt.

Die Verhandlungen zogen sich bis 6 Uhr hinaus. Am 5 Uhr sollte bereits die Landtagsitzung eröffnet werden, in der sich das neue Kabinett vorstellen und Graf Lerchenfeld seine Programmrede halten sollte. Als die Sitzung eröffnet wurde, teilte der Präsident lediglich mit, daß der Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Abg. Feld, einen Krankenurlaub von vier Wochen genommen habe, und erteilte dann dem zweiten Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, dem Abg. Stang, das Wort, der zur Geschäftsordnung beantragte, die Sitzung bis 1/9 Uhr zu vertagen. Da kein Widerspruch erfolgte, wurde die Sitzung unter kühler Heiterkeit der Linken und der überfüllten Tribünen geschlossen.

Die Abend Sitzung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 22. September.

Die Koalitionsparteien haben die Bedingungen der Deutschnationalen zum Regierungsantritt abgelehnt. Damit sind die Deutschnationalen endgültig aus der Regierungskoalition ausgeschieden. Die anfänglich geplante Belegung des Justizministeriums mit dem früheren demokratischen Justizminister Müller-Reinigen wurde ebenfalls wieder fallen gelassen. (Müller-Reinigen hatte als Justizminister sich mit einer angeblich entdeckten Verschwörung in der Festungsanstalt Niederhörsheimfeld unsterblich blamiert.)

In der Abend Sitzung des Landtages, die um 1/9 Uhr begann, stellte sich das neue Ministerium vor. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld übernahm sofort das Justizministerium; der bisherige Staatssekretär Dr. Schwener übernahm das Ministerium des Innern, die übrigen Minister der bisherigen Koalition verbleiben auch im neuen Kabinett. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hielt eine kurze Programmrede, in der er u. a. ausfuhrte, daß er die Grundlagen der bisherigen bayerischen Politik nicht verlassen werde. (Hört, hört! links.) Was Rahr für sein Vaterland bedeutet habe, darüber werde einst die Geschichte urteilen. (Sehr richtig! links.) Die Ruhe und Ordnung müssen aufrecht erhalten werden, und er werde mit allen verfügbaren Mitteln jeder Störung der staatlichen Ordnung entgegenzutreten, woher immer sie kommen möge. Besonders wichtig scheinen seine Ausführungen über das Verhältnis Bayerns zum Reich. Die Treue zum Reich stehe für ihn unverbrüchlich fest. Das Reich könne er sich aber auch nur föderativ vorstellen; ein übertriebener Unitarismus und Zentralismus widerstreite der Geschichte und den natürlichen Grundlagen des Reiches, die auf dem staatlichen Eigenleben der Länder beruhen. Die Interessen von Reich und Ländern erfordern die sorgfältige Pflege dieses staatlichen Eigenlebens, vor allem die Wahrung der nach der Reichsverfassung den Ländern zustehenden Rechte. Im Verkehr mit dem Reich werde er teils persönliches Einwirken mit den leitenden Reichsstellen unterhalten. (Bravo!) Er hoffe, damit Reibungen möglichst zu vermeiden und eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens herzustellen. (Bravo!) Die Verhandlungen wegen der Beendigung des Ausnahmezustandes vom 2. August und wegen der Aufhebung des Ausnahme-

zustandes werden alsbald auf der Grundlage des Beschlusses des Räumigen Ausschusses vom 11. September wieder aufnehmen. (Dieser Beschluß wolle im Gegensatz zu Rahr der Aufhebung des Ausnahmezustandes näher treten, während Rahr der Aufhebung erst näher treten wolle, sobald es die Verhältnisse erlauben.) Seine Politik werde er leiten lassen vom Gedanken der sozialen Versöhnung. An die Linke richtete er die dringende Bitte, stets in persönlicher Fühlung mit ihm zusammenzuarbeiten. Seine Tür stehe jederzeit jedem offen ohne Unterschied der Partei.

Wenn Ministerpräsident Lerchenfeld in seiner Programmrede auch noch harte Konzessionen an den rechten Flügel der Bayerischen Volkspartei machen mußte und versicherte, daß er die Grundlagen der bisherigen Politik in Bayern nicht verlassen werde, so klang doch durch seine Ausführungen nicht mehr der kernaussage Ton von Herrn von Rahr. Seine Rede hatte eine versöhnliche Note, und man merkte, daß er gern schon anders gesprochen hätte, wenn die Situation für die Bayerische Volkspartei im Augenblick nicht so schwierig wäre. Vor allem ist zu hoffen, daß durch Lerchenfeld die Beziehungen Bayerns zum Reich eine Besserung erfahren werden. Im übrigen werden erst die Taten der neuen Regierung abzuwarten sein, um sich davon überzeugen zu können, was er mit seiner „Politik der sozialen Versöhnung“ meint.

Die politische Aussprache wurde auf nächsten Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, vertagt.

Die Haftentlassung des Genossen Fischer abgelehnt!

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 22. September.

Im Geschäftsausschuss des bayerischen Landtages wurde heute der Antrag der U. S. P. auf sofortige Haftentlassung des Genossen Fischer für die Dauer der Landtagsatzung verhandelt. Die sozialistischen Parteien, Demokraten und Bauernbund stimmten zusammen für diesen Antrag, der mit 18 gegen 2 Stimmen der Bayerischen Volkspartei im Ausschuss angenommen wurde. Die Deutschnationalen hatten keine Vertretung im Ausschuss, da sie gerade eine wichtige Fraktionsbesprechung hatten.

In der Plenarsitzung wurde der Antrag mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Sozialisten, Bauernbündler und Demokraten mit einer knappen Mehrheit abgelehnt. Die Bayerische Volkspartei hatte im Anschluß darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit bestünde, den Abgeordneten Fischer auf dem Gnadenweg wieder in Freiheit zu setzen.

Wir erwarten, daß sofort alles geschieht, um den Genossen Fischer zu seinem Rechte zu verhelfen. Er darf nicht auf die Gnade irgendwelcher reaktionärer Elemente angewiesen sein. Nicht Genosse Fischer gehört ins Gefängnis, sondern diejenigen, die die Immunität eines Abgeordneten mit Füßen getreten haben und darüber hinaus dem Volke alle Rechte zu rauben trachten.

Graf Lerchenfeld kommt nach Berlin

DL. Berlin, 22. September.

Wie die „Dona“ aus informierter Quelle hört, trifft der neue bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld am Sonnabend in Berlin ein, um persönlich mit dem Reichskanzler Dr. Wirth und dem Reichsminister des Innern zu verhandeln. In unterrichteten Kreisen hofft man zuversichtlich, daß es gelingen wird, die Krise in den nächsten Tagen zu lösen.

Orgesch trumpft auf!

Der Polizeipräsident z. D. Liebermann hat an den Reichstagspräsidenten Loebe ein Schreiben gerichtet, in dem er sich gegen die „Anklagen“ verwahrt, die Loebe in einer Rede vor dem hiesigen sozialdemokratischen Verein gegen ihn vorgebracht hat. Er fordert den Reichstagspräsidenten auf, die ehrenkränkenden und anzutreffenden Anschuldigungen entweder öffentlich zurückzunehmen oder so zu begründen, daß die gemachten Vorwürfe klargelegt und ihre Grundlosigkeit nachgewiesen werden könne. Loebe hat in der Versammlung u. a. geäußert: „Die Republik darf sich nicht von ihren Beamten auf der Nase herumtanzen lassen, von ihren Richtern herausfordern und das Volksbewußtsein täglich verletzen lassen. Sie muß durchgreifen, schneller und energischer als es gegen Herrn Liebermann geschehen ist.“

Loebe stützte seine Anklage darauf, daß Liebermann mit der schließlichen Orgesch geheimen Verkehr unterhalten hat. Liebermann ist ja auch deshalb von seinem Posten entfernt worden. Aber die Orgeschleute scheinen Morgenlust zu wittern. Sie können sich das Aufzupumpen schon erlauben, denn es ist ja keine Behörde da, die ihnen zuleibe rückt.

Die französischen Kriegsverluste sind auf 1 325 000 Mann zu beziffern. Davon sind 674 700 im feindlichen Feuer getötet worden, 250 000 Mann sind ihren Verwundungen erlegen, 225 300 werden als im feindlichen Feuer getötet und vermisst angenommen, 175 000 sind an Krankheiten verstorben.

Zum Görlitzer Parteitag

Von Karl Kautsky

Noch sind die Verhandlungen des Kongresses der deutschen Mehrheitssozialisten nicht zu Ende. Aber was er bisher zutage gefördert hat, genügt, uns befürchten zu lassen, daß er nicht leistet, was er leisten konnte und sollte.

Wir konstatieren das nicht mit Schadenfreude, sondern mit Trauer. Denn damit wurde die große Wendung im proletarischen Klassenkampf Deutschlands, ja, der Internationale, verpaßt, die von Görlitz hätte ausgehen können, wenn man sich der historischen Aufgabe besser bewußt gewesen wäre, die aus der politischen Situation erwuchs.

Diese Situation erheischte nach der Ermordung Erzbergers und nach der Rebellion der nationalistischen Münchener Regierung gegen das Reich die größte Geschlossenheit des Proletariats, der einzigen zuverlässigen und kraftvollen Schutzwehr der Republik. Bei der S. P. D. wie der U. S. P. machte denn auch der Einigungsantrag in den letzten Wochen überraschende Fortschritte. Görlitz war bestimmt, die Stimmung zu schaffen, die Stimmung allgemein und unwiderstehlich zu machen, deren es bedurfte, um den Gedanken der Einigung in die Tat umzusetzen. Die maßgebendsten Wortführer der Mehrheitssozialdemokratie in Görlitz haben nicht nur versäumt, das zu tun, sie haben das Gegenteil getan.

Um im Sinne der Einigung zu wirken, mußte man den Genossen der U. S. P. gegenüber den kameradschaftlichen Ton anschlagen, der gegenüber denjenigen am Nächsten ist, mit denen man als Mitkämpfer zusammenwirken will. Man mußte alles Mögliche an der Vergangenheit, alles Aufreißen alter Wunden vermeiden.

Eine Einigung vollzieht sich ja fast nie dadurch, daß der eine Teil den anderen in bezug auf die Streitpunkte überzeugt, die zur Spaltung führten, sondern dadurch, daß diese Streitpunkte aufhören, praktische Bedeutung zu haben. Ich kenne alte Lassalleaner, die bis in die letzten Jahre fortfuhrten, zu erklären, sie hätten den Eisenachern gegenüber Recht gehabt. Auf der anderen Seite wissen wir, mit welcher Haß Bebel bis zu seinem Lebensende der Persönlichkeit Schweigers gegenüberstand.

Aber als die beiden getrennten Parteien sich vereinigten, waren die Zankäpfel verschwunden. Schweigers Diktatur hatte aufgehört und die Streitfrage, ob Bismarck gegen Österreich und gegen die Liberalen zu unterstützen sei, war gegenstandslos geworden, denn Bismarck hatte beide überwunden, mit Österreich und dem größten Teil der Liberalen Frieden gemacht und den Kampf gegen die Sozialdemokraten beider Richtungen eröffnet.

So sind auch heute für S. P. D. und U. S. P. die Streitpunkte gegenstandslos geworden, die zur Spaltung führten, die Haltung im Kriege und die Haltung gegenüber Kossau. Sich gegenseitig das wirkliche oder vermeintliche Sündenregister der Vergangenheit vorzuwerfen, führt zu nichts, als zum Wachsen der Erbitterung und zum Verkennen der notwendigen gemeinsamen Aufgaben der Gegenwart.

Das hat man in Görlitz übersehen. Die geringschätzig und verlehende Art, wie man dort von der U. S. P. sprach, konnte nicht anders wirken, wie ein absichtliches Verhindern der Einigung.

Weit wichtiger noch, als diese Provokationen, die man noch als Ungezogenheiten von Politikern, die ihre Worte nicht abwägen wissen, hingehen lassen mochte, wirkte die sachliche Entscheidung.

Bei aller taktischen Annäherung zwischen S. P. D. und U. S. P. bestand zwischen den beiden noch ein starkes trennendes Moment: Die Frage der Koalitionsregierung. Eine solche widerspricht so sehr dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes, daß sich unter allen Umständen proletarische Massen nur ungern zu einer Koalitionspolitik verstehen. Bei dem linken Flügel der Sozialdemokratie, der sich dann als U. S. P. D. konstituierte, wurde diese Abneigung noch verstärkt, zuerst durch die Burgfriedenspolitik während des Krieges und nach dem Zusammenbruch durch die Ueberzeugung, die Koalition sei ein Mittel, die Gewinnung der Alleinherrschaft des Proletariats durch die Revolution zu hindern.

Heute ist die Situation eine wesentlich andere. Das praktische Problem der Gegenwart ist jetzt leider nicht die Alternative, ob Koalition oder proletarische Alleinherrschaft durch erneute Revolution, sondern ob eine Koalition, in der proletarische Parteien etwas zu sagen haben, oder die Alleinherrschaft der schlimmsten Feinde des Proletariats und der Verlust aller Errungenschaften der letzten Revolution.

In dieser Situation begann auch in den unabhängigen Reihen die Unversöhnlichkeit gegenüber dem Koalitionsantrag abzubrühen. Man unterstützte das Kabinett Wirth, begünstigte den Eintritt von Sozialdemokraten in ein Koalitionsministerium in Preußen und begann in manchen Parteigruppen sogar den Eintritt der eigenen Partei in eine Koalition zu diskutieren.

In Görlitz galt es, diese Entwicklung zu fördern. Dies konnte nur dadurch geschehen, daß man an der bestehenden Form der Koalition unter der Führung Wirths festhielt.

Das Explosionsunglück von Oppau

Die Hilfsmaßnahmen

Berlin, 22. September.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat heute an den bayerischen Ministerpräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem er Namens der Reichsregierung die Bildung eines Hilfskomitees zur Verringerung der durch das Oppauer Unglück entstandenen Schäden vorschlägt; in dem Komitee sollen auch die bayerische, badische und hessische Regierung entsprechend vertreten sein. Von diesem Vorschlag der Reichsregierung wurde zugleich der badische Staatspräsident und der hessische Ministerpräsident verständigt. Falls, wie zu erwarten ist, die befragten süddeutschen Regierungen einverstanden sind, bittet die Reichsregierung die bayerische, badische und hessische Regierung zu einer weiteren Besprechung Vertreter auf Sonnabend, den 24. September, nach Berlin zu jenden, wo vormittags 10 Uhr im Reichsarbeitsministerium die erste Sitzung des vorgeschlagenen Komitees stattfinden würde.

Reichskanzler Dr. Wirth hat an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Verhagen in München nachstehendes Telegramm gerichtet:

Zur Verringerung der Not der durch das Oppauer Unglück Betroffenen werden von der Reichsregierung 10 Millionen Mark bei Reichsrat und Reichstag angefordert werden. Die Reichsregierung ist bereit, der bayerischen Staatsregierung sofort im Voraus die Beträge zur Verfügung zu stellen. Die Verteilung der Gelder wird der bayerischen Staatsregierung im Benehmen mit der badischen Regierung überlassen. Namens der Reichsregierung darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser Betrag die Hilfsaktion wesentlich fördern möge.

Der Reichspräsident hat aus seinem Dispositionsfonds den Betrag von 250 000 Mark dem Hilfswerk für die Opfer der Katastrophe in Oppau überwiesen.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns begab sich als Vertreter der Reichsregierung an den Schauplatz des Oppauer Explosionsunglücks, um mit den bayerischen Regierungsstellen über die Organisation einer Hilfsaktion zu beraten. Diese Hilfsaktion soll sofort in Tätigkeit treten. Weitere Mitteilungen über die eingeleiteten Maßnahmen werden ergeben.

Das Gesamtministerium des Freistaates Sachsen beschloß in einer Sonder Sitzung der badischen und der bayerischen Regierung die Teilnahme des sächsischen Volkes an dem schweren Explosionsunglück in Oppau telegraphisch zu übermitteln. Gleichzeitig stellte der Ministerpräsident den Opfern des Unglücks aus seinem Dispositionsfonds 10 000 Mark zur Verfügung.

Warnung vor übertriebenen Meldungen

Ludwigshafen, 22. September.

Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik teilt mit: Leider müssen wir die Wahrnehmung machen, daß die Explosionskatastrophe, von der unser Oppauer Werk heimgesucht wurde und

die schändlich schwer genug ist, in der Presse vielfach stark übertrieben wird. Um der schon zu kurz in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerung unnötige weitere Aufregung zu ersparen, richten wir an die Presse die dringende Bitte, nur verlässliche Tatsachen mitzuteilen und von der Weitergabe der im Umlauf befindlichen zahlreichen unkontrollierbaren Gerüchte abzulassen. Wie gestern, so werden wir auch weiter jeweils Nachrichten geben, sobald die Untersuchungsurteile und die Wirkungen der Explosion tatsächlich festgestellt sind, was bei der Größe und dem Umfang der Katastrophe noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Nach den uns bis gestern abend zugegangenen Nachrichten sind bis jetzt insgesamt 24 Tote zu beklagen. Mit einer weiteren Erhöhung der Zahl der Toten und Verwundeten ist zu rechnen, zumal etwa 70 Verletzte nicht in ärztliche Behandlung gelangt sind. Die eigentlichen Fabrikationsanlagen sind verhältnismäßig wenig beschädigt. Wir hoffen daher, daß die Herstellung von Ammoniakwasser schon in einigen Monaten wieder aufgenommen werden kann. In den Betrieben in Ludwigshafen laufen die Betriebe ungehindert.

Befürchtungen der Arbeiterschaft

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Ludwigshafen gemeldet: In den Arbeiterkreisen von Ludwigshafen und der ganzen Umgegend befürchtet man neben den anderen üblen Erscheinungen der Katastrophe, daß sie auch größere Arbeitslosigkeit mit sich bringen könnte, was um so schwerer empfunden würde, als gerade in diesen Tagen die Neueinstellung von 2000 Arbeitern erfolgen sollte. In den betroffenen Orten selbst haben sich bereits Hilfsausschüsse gebildet, so vor allem in Ludwigshafen, Frankenthal, Oppau und Eibelheim. Man will vor allen Dingen so schnell wie möglich Baumaterial, Fenstereisen usw. zu billigen Preisen beschaffen. Die Regierungen werden die Hilfsausschüsse in jeder Weise unterstützen. Auch die privaten Sammlungen haben bereits begonnen. Infolge der Wohnungsnot und der Besetzung Ludwigshafens ist es außerordentlich schwierig, die Obdachlosen unterzubringen.

Das Beileid des Auslands

Der Reichsregierung sind von einer großen Anzahl ausländischer Regierungen Beweise der Teilnahme zugegangen. Hauptsächlich in Berlin anwesende fremde Diplomaten sprachen zu diesem Zweck auf dem Auswärtigen Amt vor. Einer der ersten war der französische Geschäftsträger, der auch beauftragt ist, dem Reichskanzler das Beileid des Ministerpräsidenten Briand und des Ministerpräsidenten zu übermitteln.

Die internationalisierte Rheinlandkommission ließ dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete eine Note zugehen, in der sie ihn bittet, anlässlich der furchtbaren Katastrophe in Oppau der Reichsregierung, der bayerischen Regierung und der so hart betroffenen Bevölkerung den Ausdruck wärmster Anteilnahme zu übermitteln.

Über die Antragsteller der Resolution, nach irgendeiner Seite des Verbandstages hat beantragt, den Arbeitgemeinschaften beizutreten. Arbeitgemeinschaften, wie sie 1918 gegründet wurden, lehnen wir ab. Das hat auch bereits der Vorstand (der sich in seinem Geschäftsbericht auf die Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages stützte) klar zum Ausdruck gebracht. Nehmen wir den kommunalistischen Zusatzantrag als ein durchsichtiges Agitationsmandat ab, so hat niemand das Recht, uns nachträglich zu beklagen, daß wir Arbeitgemeinschaften angehören.

Dieser Erklärung des Genossen Dismann wurde in Jena von keiner Seite widersprochen.

Wenn die „Freiheit“-Redaktion nicht nur ihr eigenes Mißtrauen betont, sondern das der gesamten Arbeiterschaft herausfordert, so haben unsere Genossen ob ihrer im Metallarbeiter-Verband in Jena geleisteten Arbeit dieses Mißtrauen nicht verdient. Doch wie dem auch sei. Mit der gleichen Einmütigkeit, mit der alle U.S.P.-Delegierten in Jena ihre Entschuldigungen nach reichlicher Erwägung getroffen haben, so werden sie auch fernerhin ohne Preisgabe grundsätzlicher Auffassungen in aktiver Mitarbeit in den Gewerkschaften den Interessen der gesamten Arbeiterbewegung dienen, und damit dienen sie nicht zuletzt auch den Interessen unserer Partei.

Die Justiz gegen die Republik

Demokratische Bekenntnisse

Im „Berliner Tageblatt“ äußert sich der demokratische Reichstagsabgeordnete Brodau über die Stellung der Justiz zur Republik. Die Republik finde bei der Justiz, schreibt auch er, so wenig Schutz, „daß man schon von einer Sabotage der Republik reden kann“. Brodau fährt darauf fort:

Scheute sich doch ein Jahr nach der Revolution ein von einem sozialdemokratischen Minister ernannter hessischer Landgerichtspräsident nicht, während einer Beratungssitzung des Gerichts seinem Absehn vor allem, was demokratisch heißt, durch die Worte Ausdruck zu geben: „Die Sozialdemokraten und Demokraten sind alle Lumpen.“ Sehr viele Richter leben, das ist gewiß, trotz der Essener Kundgebung der Republik nicht nur innerlich fremd, sondern feindselig gegenüber, sie sind in reaktionären Anschauungen befangen, und ihre Sympathien gehören denen, die die Republik bekämpfen.

Nur aus solchen Sympathien heraus konnte das Urteil kommen, das dem Richter v. Hirschfeld für den Versuch der Ermordung Erzbergers, unter ausdrücklicher Anerkennung der idealen Gesinnung, die lächerliche Strafe von anderthalb Jahren Gefängnis zuerkannte. Nur aus solcher Befangenheit in den Anschauungen der Reaktion konnte im Prozeß Erzberger-Helferich das Gericht hinsichtlich der von Erzberger geleisteten Zeugnisse zum Ausspruch eines Verdachtes gelangen, der sich dann bei der nachfolgenden genauen Untersuchung nicht einmal bis zur Anklage verdrängen konnte. Nur aus Antipathie gegen alles, was sich zur Republik bekennen, konnte der Kaiser Oberstaatsanwalt das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung verneinen, als ein demokratischer Redakteur wegen eines gegen antirepublikanische Umtriebe gerichteten Artikels von fanatischen Jünglingen blutig geschlagen wurde. Nur aus solcher politischer Gesinnung heraus konnten die Richter der Strafkammer in Hildesheim dazu gelangen, den wegen Beleidigung republikanischer Minister angeklagten Redakteur eines rechtsstehenden Blattes freizusprechen, indem man ihm den Schutz des Paragraphen 188 des Strafgesetzbuches in einem Fall zubilligte, dessen Anwendung in diesen Fällen im alten Regime undenkbar gewesen wäre. Nur durch Richter, die völlig im Sinne des bürgerlichen Antisemitismus befangen sind, konnte das Berliner Urteil erlassen werden, das den Hauptkreditgeber der „Staatsbürgerzeitung“, Rebus, wegen der Aufforderung: „Hello p. Gerlach, Einstein, Harden, Professor Förster niederzuschlagen, nur zu tausend Mark Geldstrafe verurteilen; nur aus dem Einfluß jener Hege läßt sich das Urteil der Deimolder Richter erklären, das einen Hauptmann von der Anklage der Beleidigung des „unter jüdischem Einfluß lebenden“ Reichs-

wehministers Geheer freisprach, indem er als „Tatsache“ hinstellte, daß die Partei des Herrn Geheer zu einem sehr hohen Prozentsatz aus Juden bestehe. Und nur aus der inneren ablehnenden Stellung der Richter gegenüber der neuen Ordnung der Dinge läßt sich jene merkwürdige Begründung verstehen, mit der der Reichsanwalt und dann der erste Straßensatz des Reichsgerichts das gerichtliche Einschreiten gegen den Präsidenten Geheer, den Prinzen Max und andere wegen Hochverrats, bezugnehmend gegenüber Wilhelm II., ablehnten. Statt die Anzeige des Frankfurter Rechtsanwalts Ginnau als gegenstandslos zu behandeln, da ja unter der Weimarer Verfassung selbstverständlich nur Angeklagte gegen die deutsche Republik Gegenstand eines Hochverratsprozesses sein können, hielt die Anzeige als das zu behandeln, als was sie sich darstellte, als Verhöhnung des obersten Würdenträgers der deutschen Republik, wurde der Angeklagte höflich auf den Unmestierplatz der Volkshausauftragten hingewiesen. Doch eine solche Anzeige überhaupt — zwei Jahre nach der Revolution! — eingereicht wurde, läßt erkennen, wie rechtsstehende Kreise in den Gerichten der Republik noch Einrichtungen zum Schutze des alten Regimes und seiner Anhänger erblickten.

Das ist — im allgemeinen — wunderbarerweise gesagt und richtig, und da Brodau Richter ist, muß er ja Bescheid wissen. Aber es ist eben nur — gesagt. Welche Taten aber kann man zur Befreiung dieses Zustandes wohl erwarten von einer Regierung, in der die Demokraten — Marie Schiffer-Dominicus — womöglich verdrängt durch die Deutsche Volkspartei — Marie Siresmann-Heintz — eine entscheidende Rolle spielen?

Änderung des Kalibergesetzes

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Kalibergesetzgebung.

Ein Regierungsvortrag begründete den Entwurf mit der ungünstigen Lage der Kalibergwerke, die sofortige Maßnahmen sowohl im volkswirtschaftlichen Interesse, als auch in dem der Industrie selbst notwendig mache. Die durch den Rückgang des Gesamtanbotes des Kaliberges und die erheblich vermehrte Zahl der Kalibergwerke wesentlich verminderte Abgabemöglichkeit der einzelnen Kalibergwerke habe eine Entwertung großer Summen auf den Werken und eine erhebliche Erhöhung der Selbst- und Generalkosten herbeigeführt. Eine Anzahl von Kalibergwerken mußte daher den Betrieb einstellen, wodurch die Entlassung zahlreicher Arbeiter und Angestellter nötig wurde. Auch müssten Bergbauarbeiten in erheblichem Maße eingestellt werden. Nach dem übereinstimmenden Urteil der aus den Kreisen der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter gehörten Sachverständigen erzwangte deshalb eine weitgehende Zusammenlegung der Betriebe zur Herabminderung der Selbst- und Generalkosten dringend geboten. Nach übereinstimmender Stellungnahme der maßgebenden Nationen ist der Erlass eines Gesetzes erforderlich, das das weitere Absterben von Kalibergwerken verhindern und die Stilllegung von unrentabel arbeitenden Kalibergwerken fördern soll. Zum Schutze der durch die Stilllegung unglücklich betroffenen Angestellten und Arbeiter ist eine entsprechende Bestimmung aufgenommen.

Abg. Huz (S.S.) beantragte die Informationen als unzureichend. Der Eingriff in das Wirtschaftsleben, den die Vorlage bewirken muß, ist zu bedeutend, als daß man ohne genaues Zahlenmaterial so schwerwiegende Entschlüsse fassen kann. Dieses ist der Kaliberg nur eine Organisation der Unternehmer. Die Arbeitnehmer werden zwar hinzugezogen, erhalten aber keinen Einblick in die geschäftlichen Unterlagen.

Abg. Dismann (U.S.P.) forderte ebenfalls von der Regierung genaue zahlenmäßige Unterlagen. — Die Weiterberatung wurde schließlich auf Freitag vertagt.

Die Mörder Erzbergers in der Schweiz erkannt? Wie der „Thurgauer Zeitung“ aus St. Gallen gemeldet wird, ist bei den dortigen Polizeibehörden eine Mitteilung eingegangen, nach der Reisende in zwei Deutschen, die mit ihnen nach der Schweiz einreisten und deren Benehmen auffällig erschien, auf Grund der inzwischen eingegangenen Stenografie und Photographien die beiden Mörder Erzbergers bestimmt erkannt haben wollen. Nachforschungen in St. Gallen haben indessen bis zur Stunde kein positives Ergebnis gehabt.

„Partie Maßnahme.“ Aus der „Täglichen Rundschau“ erfahren wir, daß das Wälsche Bureau eine Note über eine Kriegsendemünze des Russischen Reiches mit der Randnote „Für ein bürgerliches Vaterland“ versendet habe. Die Note habe nur eine harmlose Beschreibung der Münze enthalten, deswegen sei eine solche garte Maßnahme auf die „rote Seite“ nicht angebracht gewesen. — In Wirklichkeit ist diese Geschichte nicht ganz so harmlos, denn die Kriegsendemünze dient zweifellos dem Zweck, den militärischen Geist aufs Neue zu beleben. Und es ist kennzeichnend für das Wälsche Bureau, daß es sich auch in diesem Falle zur Verbreitung reaktionärer Tendenzen gebrauchen läßt.

Das „Miesbacher Tageblatt“ auf acht Tage verboten. Auf Grund des Artikels „Das neue deutsche Zentrum“ in Nr. 15 des „Miesbacher Tageblattes“ hat der Staatskommissar für München-Pand verfügt, daß mit sofortiger Wirkung das Erscheinen des „Miesbacher Tageblattes“ bis zum 29. September einschließlich verboten ist. Auch der „Miesbacher Anzeiger“ darf als Ersatzblatt für das verbotene „Miesbacher Tageblatt“ nicht erscheinen.

Die baltischen Staaten im Bälterbunde. Estland, Lettland und Litauen sind mit Zweidrittel-Mehrheit in den Bälterbund aufgenommen worden.

Unsere Anzeigen!

Druckfache
in die
Samptredaktion der „Freiheit“

Berlin 62
Breite Straße 8-9

Von Stuttgart nach Jena

Kater dieser Ueberricht brachte mir in der letzten Dienstadt-Konferenz eine Kritik über die verfallene Tagung des Metallarbeiter-Verbandes in Jena. Dazu wird von einem Parteigenossen aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband geschrieben:

Der letzte Teil des genannten Artikels in der „Freiheit“ behandelt die strittige Frage der Arbeitgemeinschaften, nimmt Bezug auf die in Jena angenommene Resolution und sagt anschließend daran Folgendes:

Sie (die Resolution) ist in jeder Beziehung ein echtes Kompromißprodukt, ein Ergebnis jener seit Stuttgart in jeder Beziehung völlig veränderten Umstände. Manches an ihr mißfällt uns, und wir sind fest der Meinung, daß es unfernen in Jena vertretenen Genossen möglich gewesen wäre, sie in vielen Punkten zu verbessern, wenn sie von dem moralischen Gewicht, das wir ihnen oben zuschreiben konnten, reichlicher Gebrauch gemacht hätten. Aber nun ist die Resolution Beschluß geworden — aber, wir müssen es wiederholen, sie trägt die Zeichen des Kompromisses offenkundig zur Schau. Und das ist geeignet, Mißtrauen nicht nur bei uns, sondern bei der gesamten Arbeiterschaft zu erregen.

Diese Stellung unseres Parteiorgans ist falsch und läßt eine objektive Würdigung der Stellung unserer Parteigenossen in Jena leider allzusehr vermissen.

Wie lagen die Verhältnisse? Die Delegierten der S.P.D. hatten allein die absolute Mehrheit (405 von insgesamt 780) und ihre Vorkämpfer, voran Haas-Röhl, ließen von vornherein keinen Zweifel darüber, daß sie von ihrer Mehrheit einen „entsprechenden Gebrauch“ machen würden. Die U.S.P. zählt ein Drittel (200) der Delegierten. Wenn sich die Kommunisten (114 Delegierte) bei der ersten Kraftprobe am Vormittag des zweiten Kongreßtages mit der S.P.D. zusammenfanden, so war dies kein Zufall. Ihre offensichtliche Parole war: „Nieder mit den Dismannern, Befreiung jeden Einflusses der U.S.P. innerhalb der leitenden Organe der Organisation, lieber eine Zeitung der S.P.D. als der U.S.P.“ Das hatten ihre Organe ja schon vor dem Verbandstag offen ausgesprochen.

Gewiß konnten wir in Jena ein großes moralisches Gewicht in die Waagschale werfen. Erstreckungswiese! Hätten wir das nicht getan, und wäre dieses moralische Gewicht nicht noch durch die Verhandlungen in Jena selbst erhöht worden — siehe u. a. Referat und Schlusswort des Genossen Dismann wie die Reden unserer Diskussionsredner! — so wäre wahrlich der Abschluß in Jena ein wesentlich anderer und für uns wie für die Gesamtbewegung ein wesentlich schlechterer gewesen.

Die Parole Haas und Genossen war: Mehrheit ist Mehrheit! Davon wichen sie nicht ab, trotz der gewichtigsten und durchschlagendsten Gegenargumente. Das haben die tagelangen und erschöpfenden Verhandlungen beider Fraktionen zur Genüge ergeben. Welch unendliche Mühe hat es gekostet, die Ansprüche von Haas und Genossen auch nur einigermaßen auf ein leidlich erträgliches Maß zurückzuführen. Was wäre geworden, wenn ein Zusammenarbeiten der Kollegen der U.S.P. und der S.P.D. völlig gescheitert wäre? Kein Zweifel, daß dann die Organisation den schwersten Erschütterungen und Schäden ausgesetzt worden wäre, zum Nachteil der Arbeiterklasse. Dies, wenn irgend möglich zu verhüten, betrachteten die U.S.P.-Kollegen als ihre Pflicht.

Es ist richtig, die angenommene Resolution ist die eines Kompromisses. Die drei ersten Absätze sind der Resolution der U.S.P. entnommen, die drei folgenden Absätze der S.P.D., an denen einige Abänderungen vorgenommen wurden und wozu ein Zusatzantrag der U.S.P. Aufnahme fand. Wenn die „Freiheit“-Redaktion bezüglich des Abschlusses „Ausnutzung jeder Möglichkeit zur Förderung der Interessen der Metallarbeiter“ — ansich eine Selbstverständlichkeit — Besorgnisse äußert und dabei auch auf die Arbeitgemeinschaften hinweist, so sei ihr gegenüber wiederholt, was Genosse Dismann bereits in Jena erklärte:

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 1/2 Uhr:
Der Bauer als Millionär
Neues Volkstheater
Königsplatz Str. 61.
7 1/2 Uhr: **Jugendfreunde**
Staatstheater.
Querschaus
7 1/2 Uhr: **Giulietta**
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: **König Richard III.**
7 1/2 Uhr: **Kann**
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: **Joseph u. Veronika**
Großes Schauspielhaus
Königsplatz
7 Uhr: **Danion**
(Maler Abonnement)

Theater am Kollendorferplatz
8 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda
Waldtheater
7.30 Uhr:
Die Königin Helena
Roß- Theater
8 Uhr:
Der HERR von KIRCHFELD
7 1/2 Uhr: **Casino- Theater**
Erzellenz Mare
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Mittellarkeit**
Theater S. Kolbus, Tor
Tel.: Kollendorferplatz 10077
Täglich 7 1/2 Uhr und
Sonntag nachm. 3.11.
Blühendes-Konzert
Elite-Sänger
Vorb. 11-1 1/2 u. 4-6
Apollotheater
Friedrichstraße 210
11 Uhr:
**Internationales
Varieté-Programm**
Auslands-Sensationen

Theater L. B.
Königsgräber Str.:
7.30 Uhr: **Satan's Maske**
Mit dem Feuer spielen
Orska, Niemann, Witt
8.30 Uhr: **Die Fahrt ins Blaue**
8.30 Uhr: **Die Fahrt ins Blaue**

Romödienhaus:
Täglich 7.30 Uhr:
Max Pallenberg
Hans Waßmann
In neuen Verleser-Schmuck
Jonnys
Busenfreund

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin
Olala
von Kernener und Schöninger
Täglich 7.30 Uhr:
Jean Gilbert
Hauptdarsteller:
Fritzi Massary a. G.
Kalphy Kethur Roberts
Pepi Campa, Herberl Ripper

7 1/2 Uhr: Residenz-Theater
Olga Limburg, Kaiser-Titz
in **Der König** (La roi)

Ertaun-Theater
8 Uhr: **Die Waise in**
Die große Leidenschaft
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: **Carola Tschelt in**
Fräulein Josefa — meine Frau
Waltner-Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Nixchen

Doppelclysos 20 Stk. 20 Stk.
Verbandswatte 100 gr 2 u. 3 Stk.
Rundwolle, Nesselwolle, für
1/2 Jahr reichend, 100 gr nur 1.50 Stk.
Zahnpasta, Tube 1, — 1.50 Stk.
Haaröl 75 gr, 1.50 Stk., Eau de Cologne, 80 gr,
8 und 7 Stk., Parfüm 25 und 50 gr, Damenbinden, 8 Stk.
1.50, 5, 6 Stk., Wäsche dazu 3-5 Stk., Klebefpapier, gr. Rolle
1.50, Crepp 2.50, Butterbrotpapier 50 Blatt 1.50, 100 Blatt
2.50 Stk., Fieberthermometer 7, 8, 9 Stk., Wasserbrille
Unterlagen für Kinder 3, für Erwachsene 12 Stk., alle
Artikel zur Toilette, England, Hausmittel sehr billig.
A. Maas & Co., Berlin, Markgrafstraße 54
an der Lindenstr. 55. Geogr. 1505

Billige an Wald und Wasser gelegene
Parzellen in Heiligensee
bei Tegel.
Sehr guter Boden. In jeder Größe.
Umgebung von 200 an. Günstige Abzahlung
Dankamt: Terrangesellschaft Heiligensee, Berlin NW 6,
Schiffbauerdamm 28. Tel.: Norden 716. In Heiligensee
im Dürenen über bei Sommerfrische, Restaurant Heiligensee,
Heiligensee, Kirchhofen. Teich, d. Tegel-Heiligensee, Seeberg.

Münzen
Sammlungen
kauft, verkauft, Berlin,
Willemsstr. 46/47
Handlung

Ausfneiden!
Der Unterzeichnete befehle hiermit vom
1 Exemplar der **zwei mal** täglich erscheinenden Zeitung
"Freiheit"
Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der wöchentlich einmal erscheinenden
Illustrierten Unterhaltungsbeilage "Freie Welt"
zum Preise von Mk. 12.— monatlich, Mk. 6.— halbjährlich
bei freier Zustellung ins Haus

Großes Schauspielhaus
Freitag, d. 23.,
Sonnabend, d. 24., Sonntag, d. 25. September
die
113 letzten Aufführungen !!
Die Weber von Gerhart Hauptmann

Großes Schauspielhaus
Sonntag, 25. September
Einmalige Nachmittagsvorstellung zu vollständigem Preis
Die Weber
von Gerhart Hauptmann
Logen M. 12.—, Parkett M. 12.—, Balkon M. 10.—, 1. Ring M. 7.50
2. Ring M. 5.—, 3. Ring M. 3.—

**Deutsche
Automobil-
Ausstellung
Berlin 1921**
Ausstellung-
Halle
Königsplatz
23. Sept. - 2. Oct.

**Kapitän
Rautaball**
einmal gespielt — immer geliebt.
Reizvoller Spielmodus; kein Tisch. Zu
kaufen in den Spielgeschäften u. in
Neue Verkaufsstellen nicht ein!
Generalvertrieb: G. Müller, Berlin,
Lichtenberger Str. 22 (Rgn. 2941)

Per sofort gesucht:
**Schauenster-
Dekorateur**
Meldungen
von 11-12 Uhr vormittags
und 5-7 Uhr nachmittags
Kaufhaus Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21-24

Wäsche-Hof
im Leihhaus Moritzpl. 58a
neue, saubere, billige Sachen
22, Heinkelstr. 20, Preisbegl.
79, große Teppiche 300, Kamin-
herddecken 55, Stepp- und
Dünendecken, Daunendecken,
fluz Gelegensbedarfskäufe, Reize
Lombardwaren.

Münzen
Sammlungen
kauft, verkauft, Berlin,
Willemsstr. 46/47
Handlung

**Tüchtige
Verkäuferinnen**
für
**Kleiderstoffe
Seidenwaren
Futterstoffe
Trikotagen**
sowie eine
**erste branchenkundige
Verkäuferin**
für
Korsetts
sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 118/19

Alles in den Schatten stellend
Leihhaus Brunnenstraße 5
(Rosenthaler Platz)
Fahrgeld-Vergütung

**Köpenicker Strasse 143, Dritter Hof, Fabrikgebäude
Chaussee-Strasse 76 Schönhauser Allee 47**
Bedeutend herabgesetzt
haben wir für einzelne Waren unsere Preise
vom 23.-30. September
Feldgraue Hosen M. 90.—
Drellanzüge M. 90.—
Hemden M. 9.—
Werkzeuge und Handwerkzeug in denbar
größter Auswahl: Spaten, Ätze, Hämmer, Feilen
Arbeits- und Berufskleidung
Gummipelzinen, unverwundlich M. 48.—
Leberwesten von M. 110.— an
Amerikanische u. englische Uniformen M. 110.— bis 125.—
Wickelgarnschaften M. 10.—
Feldflaschen M. 2.50
ferner Reithosen, Cordhosen, Mäntel usw.
Schuhwaren
Militärschnürschuhe, sowie verschiedene andere Sorten,
äußerst preiswert, vorzügliche Qualitäten von M. 95.— an
Unsere Waren sind **konkurrenzlos billig**, denn sie stammen
noch zum großen Teil aus deutschen, englischen und amerikanischen
Heeresbeständen
B. Kaufmann & Co.
G. m. b. H.
**Köpenicker Straße 143, Dritter Hof, Fabrikgebäude
Chaussee-Strasse 76 Schönhauser Allee 47**

Anzüge, Schlüpfer
in feinsten Verarbeitung aus prima Stoffen
Mk. 350.— bis 750.—
Große Auswahl in feinsten Maßstoffen
Eigene Ateliers
Imex G. m. b. H. Schloßplatz 1a II

**Läuse
Schwaben
Flöhe
Holzwurm
Eckholde
Wanzen**
befestigen Sie in
1/2 Stunde
Berlangen Sie nur Eckholde
100.000 sind jährlich
getötet. Heber den Ge-
fühl werden Sie können
Fabr. Eckholde-Werke,
Offen. Sie haben in
h-7 Drogerien: Berlin N: Humboldt-Drug., Frankstr. 99;
S. Knapp, Reinickendorfer Str. 88; Prag, Reinickendorfer
Str. 119; H. Kango, Brunnenstr. 157; E. Puffig, Schönhauser
Allee 88; K. Kango, Inselstr. 33; NW: U. Ocker,
Moldauerstr. 18; Drogeriehaus Moabit, W. E. Bern, W.
Moabit 45, gegenüb. Ringstr. 11; O: Andreas-Drug., Kleine
Königsstr. 12; Piesch, Grünberger Str. 7; Glöckner-Drug.,
Petrasburger Str. 83, s. Seitenstr.; S: E. Wehrke, Köpenicker
Damm 81, 82; Drogeriehaus N. O. Straße, Köpenick. 21;
SW: E. W. Wehrke, Wilmersdorfer Str. 1; Charlottenburg:
Stephan-Drug., Wilmersdorfer Str. 156; Prenzlau:
Georg Georg, Breite Straße 40; Schöneberg: Drogerie-
haus Oswald Schäfer, Kaiserstr. 4; Steglitz: Drogerie
u. Parfümerie Wap, Albersstr. 11; Tegelt: D. Jordan,
Helmstr. 22.

Laufbourse
für feines Haus, leichte Arbeit,
für Hausarbeit gesucht. Eintritt
1. Oktober, evtl. sofort. Selbst-
geschriebene Offerten mit Zeug-
nisabschriften unter U. 54, an
die Hausvermittlung b. Blattes.

**Botenfrauen
sofort gesucht!**
Expedition Franzen
Wittstocker Straße 19
„Freiheit“-Ausgabestelle, Kolbe
Weberstraße 25
Expedition Jordan
Dresdener Straße 24
Expedition Wuyki
Choriner Straße 68
Expedition Rejewich
Lichtenberg, Tasdorfer Str. 25
„Freiheit“-Ausgabestelle, Mittag
Berlin-Brig, Chausseest. 82

Das beste Buch für die
schulentlassene Jugend

Die Schwelle



Gedichte und Gedanken für die proletarische Jugend
Herausgegeben von Rudolf Schwarzkopf
Mit zahlreichen Bildern und Zeichnungen von Hans Walsdorf
In geschmackvollem Einband 12.— Mark
Organisationen bitten wir, sich mit uns direkt in Verbindung zu setzen
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9

trotz gewaltiger
Warensteigerung!

Alles in den Schatten stellend
Leihhaus Brunnenstraße 5
(Rosenthaler Platz)
Fahrgeld-Vergütung

sind unsere Preise
Schlüpfer, Paletots, Anzüge, Cutaways
aus exakt. Maßstoffen, Rohhaar-Selbstverarbeitung,
prachtvoller Sitz 400, 500, 600 Mark
Silber-, Zobel-, Alaska-/Gibbe, Seidmante, Geh-
und Sportpaize 50 Prozent billiger als im Laden.
Keine Lombardware

treten. Das bisher auf den einzelnen städtischen Fahrplänen untergebrachte städtische Rettungswesen soll zu einer zentralen Stelle des gesamten Groß-Berliner Rettungswesen vereinigt und im früheren Marzall am Schloßplatz untergebracht werden. Das im Marzall bereits befindliche städtische Fuhramt wird auf die einzelnen Arbeitsbezirke verteilt.

Der Aufwärter Grohmann wurde gestern von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter übergeben. Die Kriminalkommission, die bisher die Ermittlungen leitete, haben hiermit ihre Tätigkeit abgeschlossen. Grohmann ist dreier Morde überführt und geständig, an den Mädchen Rische, Sosnowski und der polnischen „Martha“. Die Persönlichkeit dieses dritten Opfers ist noch immer nicht festgestellt. Die Polin, von der Grohmann glaubte, daß sie sie näher kennen werde, ist ermittelt, weiß aber auch nur, daß sie sich eine Zeitlang in dem Hause aufhielt und erst „Martha“ und dann „Freida“ gerufen wurde. In vier weiteren Fällen der gleichen Art ist Grohmann des Mordes dringend verdächtig. Wahrscheinlich fallen ihm aber noch eine ganze Reihe weiterer Verbrechen von Mädchen zur Last, die vernicht werden, von denen aber bisher noch keine Spuren gefunden sind. Der Verhaftete erhielt gestern den Besuch seiner Schwester, die ihn kaum wiedererkannte. Nachdem er sein gutes Leben hat aufgeben müssen, ist er körperlich zusammengebrochen. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Frey, hat beantragt, ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Grohmann hat von seinen 58 Lebensjahren nicht weniger als 24 im Gefängnis und Zuchthaus zugebracht, immer wegen Sittlichkeitsverbrechen und widernatürlicher Unzucht.

8. Internationaler Buchdruckerkongress

Zum zweiten Male seit dem Weltkriege trafen vom 6. bis 8. September die Buchdrucker zu ihrem 8. Internationalen Kongress zusammen. Es waren 28 Delegierte anwesend, die folgende Länder vertraten: Deutschland, Böhmen, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Niederlande, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, Siebenbürgen, Banat, Tschecho-Slowakei und Ungarn. Die Vertreter der Buchdruckerorganisationen aus Finnland und Rumänien konnten wegen Papierschwierigkeiten nicht erscheinen. Als Gäste waren erschienen Vertreter der Typographischen Association von England, des russischen Buchdruckerverbandes, des Internationalen Verbandes der Lithographen und Steindrucker, des Internationalen Buchhändlerverbandes und der Gewerkschaftskommission Deutsch-Osterreichs. Als Präsident des Kongresses wurde Schlumpf (Schweiz) bestimmt.

Der Hauptberatungsgegenstand der Konferenz war der Ausbau und die Festigung der Buchdruckerinternationalen.

Den Tätigkeitsbericht gab der Internationale Sekretär Verdan (Schweiz). Er berichtete, daß der volle internationale Zusammenschluß leider noch nicht erreicht worden sei, es bestehe aber Hoffnung, daß sich England zum Beitritt entschließen werde. Auch mit Amerika und einigen anderen Verbänden seien Verhandlungen angebahnt. Finanzielle Schwierigkeiten hätten die Tätigkeit des Internationalen Sekretariats gehemmt. Durch das Entgegenkommen einiger Bruderorganisationen aus Ländern mit guter Valuta, habe man die Schwierigkeiten beheben können.

In der Aussprache wurde von verschiedenen Delegierten der volle Zusammenschluß gewünscht. Besonderer Wert wurde auf den Beitritt der englischen Buchdruckerorganisation gelegt. Der Bericht wurde einstimmig genehmigt.

Zur Frage der Aufhebung der Gegenseitigkeitsmarken wurde beschlossen: „Die Gegenseitigkeitsmarken sind abzuschaffen; die Verbände sind verpflichtet, sämtlichen Mitgliedern Verbandsbücher auszustellen. Die Sekretariatskommission soll über die Schaffung eines internationalen Verbandsbuchs beraten.“ Zur Finanzierung des Sekretariats wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die wegen der Valutaunterschiede einen einheitlichen Vorschlag auszuarbeiten soll, der allen Ländern gerecht wird.

Gegen die Vergewaltigung der ungarischen Gewerkschaften ist in einer Resolution nachdrücklich protestiert worden.

Am zweiten Verhandlungstag sprach Sekretär Verdan über die christlich-soziale Bewegung, deren Organisationen bei wirtschaftlichen Kämpfen der freiorganisierten Arbeiterschaft in den Rücken fielen. Daher sei diese Bewegung zu beachten.

Zusammenhänge der kleinen Organisationen

der Einzelländer berichtete ebenfalls Sekretär Verdan, der dafür plädierte, daß in einem Lande nicht verschiedene Verbände bestehen dürfen. Es wurde durch Beschluß der Internationalen Sekretariatskommission die Vollmacht erteilt, in einzelnen Fällen entsprechend einzugreifen.

Im Verlaufe der Debatte ergriff das Wort French (England), der den Wunsch aussprach, daß die englischen Buchdrucker bald als vollberechtigte Mitglieder auf dem Internationalen Kongress erscheinen können. Eine große Arbeitslosigkeit habe bisher die Frage noch nicht lösen lassen. Diese Erklärung bedrängte jedoch anscheinend nicht alle Delegierte.

Brauchen wir Frauen Rechte?

Reinfall der Gelben.
Mit diesem Thema hatte der Verband weiblicher Handels- und Bureauangestellter in Berlin vier große Versammlungen angekündigt. Schon die erste Versammlung war ein gutbürgerlich-gediegener Reinfall. Es waren — hoch geschätzt — etwa 40 Personen anwesend, einschließlich der Referentin und vieler eigener Verbandsangestellter. Alles kannte sich; die übrigen Mitglieder waren

wohl nur aus alter Anhänglichkeit und um wenigstens einige Stühle zu besetzen, gekommen.

Entgegen der sonstigen Gepflogenheit (der Verband weiblicher Handels- und Bureauangestellter hält allgemein nur Mitglieder-Versammlungen ab) hatte man den Versuch unternommen, an die breiteste Öffentlichkeit heranzutreten. Aber die Verbandsleitung muß wohl von vornherein auf keinen großen Zutrom gerechnet haben, denn die „große Versammlung“ fand in einem Vereinszimmer statt.

Die neue Vorsitzende las im vertrauesten Kreise ihren „Vortrag“ ab, der den geistigen Tiefen der Verbandsflugblätter voll und ganz entsprach. Die Ausführungen Frau Müllers plätscherten sanft dahin. Da die Gelben den Gelben ganz unter sich waren, kam eine Diskussion natürlich nicht zustande. Man konnte Mühsal mit ihnen haben —

Es soll naive Gemüter gegeben haben, die erwarteten, daß eine Vertreterin des Zentralverbandes der Angestellten diesem Zielsetzen in keiner geistigen Armut helfend beizuhelfen würde. Doch es lohnte wirklich nicht der Mühe. Wenn je, so galt hier das bekannte Wort: „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold.“

Die Beamenschaft und die Republik

Dieses Thema hat eine Beamtenversammlung am 19. September 1921, die unsere Sektion der Post und Telegraphie einberufen hat, beschäftigt. Die Referenten, Gen. Luise Zieg und Jachert, haben die monarchistische Ordnung mit ihren Stützen, die sich jetzt als Gesellschaftsretter aufspielen, scharf gegeißelt und fordern die lebhaftige Zustimmung der Versammelten. Die bürgerliche Republik ist für uns Sozialisten nicht Ziel, sondern ein günstiger Festboden für unser Ziel: die Klassenlose sozialistische Gesellschaft. Gegen alle Angriffe der Ludendorffer Amokläufer und konservativen Centrobureautatien verteidigen wir die bürgerliche Republik als ein kleineres Übel. — Wir erwarten von der Reichsregierung u. a. die restlose Ausbeizung der reaktionären Eiterbeulen in der Verwaltung, Justiz, Schule und Reichswehr und werden sie dazu vorwärtsstreben. — Die freibeitliche Postbeamtenhaft befindet sich in einem vogelfreien Zustande; Verletzungen, Entlassungen, Kastrationen und Beugungen des Betriebssteuergesetzes sind auf der Tagesordnung. Demgegenüber verlangt die Versammlung Säug der Reichsregierung und fordert die gesamte Beamenschaft im Reiche auf, Arbeitsgemeinschaften republikanischer Beamten zu bilden, um der Regierung eine breitere Tragfläche für die Säuberungsaktion zu geben. Die Berliner D. P. D. mit ihrer ultrareaktionären Spitze und Spitzelzentrale wird der besonderen Aufmerksamkeit der Reichsregierung empfohlen, nachdem Herr Giesberts zum Wachs in den Händen seiner heimlichen und unheimlichen Räte geworden ist.

Lohnbewegung im Kraftdroschfengewerbe

Die Kraftdroschfenführer befinden sich bisher in einem ungesicherten Lohnverhältnis. Für Benzindroschfenführer bestand ein Lohn von 1,50 M. pro Schicht und 15 Prozent der Bruttoeinnahme; außerdem mußten die Führer von ihrem Lohn 6 bis 8 M. täglich für Wagenreinigung zahlen. Nach Verhandlungen mit dem Verein der Kraftdroschfenbesitzer Groß-Berlins, die zu keiner Einigung führten, fällt der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, wonach 3 M. Lohn für die Schicht und 18 Prozent der Bruttoeinnahme zu zahlen sind, im weiteren hat der Unternehmer für das Reinigen der Wagen Sorge zu tragen und ist der Führer zu den Unkosten nicht heranzuziehen.

Der Spruch ist bis auf den Punkt des Wagenreinigens beiderseitig anerkannt. Aber der kritischen Punkt soll in kurzer Zeit beim Demobilisierungskommissar verhandelt werden. Für Elektrodroshfenführer ist ein Schiedsspruch gefällt, wonach 1,50 M. Lohn und 24 Prozent der Bruttoeinnahme zu zahlen ist, Wagenwaschen frei. Diesen Spruch hat der größte Teil der Unternehmer anerkannt und zahlen viele Unternehmer darüber hinaus. Anders der Interessentenverband der Auto- und Elektrodroshfenbesitzer. Trotzdem dieser Verband nur ein paar Mitglieder aufzuweisen hat, spielen sich dieselben als Scharfmacher auf. Ihr Angebot betraf nur 22 Prozent der Bruttoeinnahme ohne Lohn. Dies würde einen Durchschnittslohn von 44 M. pro Tag betragen, womit ein Kraftdroschfenführer bei der heutigen Teuerung, zumal derselbe den ganzen Tag auf der Straße liegt, seine Existenz nicht behaupten kann. Die Folge war, daß die Führer bei Pohlmann, Schrod, Müller, Podyun, Michaelis, sämtlich Hannoverische Straße 5, und Winter, Hoffmannstr. 32, in Streik traten.

Die Firma Pohlmann versucht nun Arbeitswillige auszubilden. Dieselbe bemüht zur Ausbildung Droschfen und ist nicht im Besitz einer Konzeption zur Ausbildung von Führern. Gegen dieses ungeschickte Vorgehen sind vonseiten der Organisation die nötigen Schritte eingeleitet worden. Wir versuchen um Solidarität und Bitten, die obengenannten Betriebe zu melden. Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Zum Streik in der Filmindustrie

Der Streik dauert unermindert an. Alle Nachrichten, die besagen, daß in den Firmen Reher, Union, Jola, Glas, Haus, Eiso, Decia-Bioscop usw. die Arbeit aufgenommen sei, sind unwahr. Alle Arbeiter befinden sich reiflos im Ausstand. Das kaufmännische Personal nahm die Arbeit auf, nachdem es durch nicht ganz einwandfreie Mittel dazu gezwungen wurde. Die Filmpresse bringt seit einigen Tagen Notizen, die besagen, die in letzter Minute erfolgte Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums zu sabotieren. Man glaubt, in Arbeitsverträgen durch eine drückende Ablehnung des Reichsarbeitsministeriums die Arbeitnehmer zwingen zu können, bedingungslos zur Arbeitsstätte zurückzukehren. Die Ursache dieser Haltung ist der Wunsch, ein Tarifvertragsverhältnis in der Filmindustrie auszusprechen.

um auf diese Art und Weise weiter mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter und Angestellten Raubbau zu treiben. Auch stehen sie auf dem Standpunkt, die Ablehnung des Reichsarbeitsministeriums mit der Lebensunmöglichkeit der Filmindustrie begründen zu können. Sollten die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, so ist mit einer Verschärfung des Streiks zu rechnen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dann auch die großen Kinotheater in Mitleidenschaft gezogen werden.

Zimmerer! Am Freitag, den 23. d. Mis., abends 6 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 25, Saal 10, eine Funktionärskonferenz statt, die sich mit dem Angebot der Arbeiter zur Lohnrevidierung beschäftigt hat. Das Erscheinen sämtlicher Funktionäre ist notwendig! Ferner werden am Sonnabend, den 24., und Sonntag, den 25. d. Mis., in sämtlichen Bezirken Bezirksversammlungen abgehalten mit der Tagesordnung: Stellungnahme zu dem Angebot der Unternehmer und Wahl der Delegierten zu der am 26. September stattfindenden Zahlstellenversammlung. Am Montag, den 26. d. Mis., abends 6 1/2 Uhr, findet in den Andreaskäfen, Andreaskstraße 21, die Zahlstellenversammlung zwecks Beschlußfassung über das Angebot der Unternehmer zu unserer Lohnrevidierung statt. Der Vorstand Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin u. Umg. Engel-Ufer 13, 3. J. A. W. Kepschläger, J. Wellnow, Kassierer.

Ein arbeiterfreundlicher Unternehmer ist der Inhaber der Firma Feinmechanik Wassertraktore 5, Anstalt Lohnrevidierung, Lohnabbau. Die Verhandlung mit der Organisation wurde abgelehnt. Darauf legten die Kollegen eine mütige Arbeit nieder. Nur der Mechanikerangestellte G. Rajewski blieb zurück und fertigt jetzt die Arbeiten der Streikenden an. — Gleichzeitig verläßt die Firma, nun die Maschinen abzubauen, wir werden das verhindern und bitten besonders die Kollegen Transportarbeiter um Unterstützung. — Die Streikleitung.

Tapagierer! Eine prächtige Firma ist die Ledermöbelwerkstatt Mattiia, Brandelstraße 50. Der Inhaber hat, nach dem einer der Kollegen einen ihm zulegenden Stundenlohn forderte, verprügelt. Außerdem zahlt die Firma den Tarifzuschlag nicht und hat nach ihrem eigenen Gutdünken Afford eingeführt. Zum Verhandeln ist der Herr nicht bereit. Deshalb ist die Sperre über die Firma verhängt.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Wir erwarten die Kollegenhaft, umgehend Anträge zur Veränderung des Ortsstatuts auf dem Bureau zu Händen der Statutenberausungskommission einzureichen. Die Ortsverwaltung.

Gewerkschaftskollegen! Die Affordarbeiter der Firma Raffel Schwarzkopf, Wildau, Kreis Teltow, stehen in Lohnunterschieden. Arbeitslose Kollegen erhalten Information im Lokal „Grüner Baum“ in Wildau.

Jugendbewegung

S. P. J. Reinickendorfer-Wald, Volkshaus, Schwanenstraße 114-115. Montag, Mittwoch, Freitag: Vorbereitung zum Elternabend. Sonntag: Spielabend.

Arbeitersport

Berliner Schwimmverein „Welle“. Übungsstunden jeden Freitag von 7 bis 8 1/2 Uhr in der großen Schwimmhalle der Fabrikhallen an der Schillingstraße.
Freie Turnerschaft Schöneberg-Berlin, Bezirk Norden. Sonnabend: Festabend und Kostümparty, Schönebergstr. 108. Sonntag: Turnen der weiblichen Turnhalle Strasse, 10 Uhr vorm. — Bezirk Schöneberg. Sonntag: 3. Turnversammlung nach Altierstraße, 1.30 Uhr. — Fußballturnier: Westfälischer gegen Altkönigsberg 1. Spiel an der Rudowstraße. — Bezirk Reinickendorf. Männerabteilung nach Rixdorf. — Sonntag: 6.30 Uhr. — Bezirk Reinickendorf.

Parteiveranstaltungen

Charlottenburg. Ehrliche Mietskämpfer werden ersucht, dringendes Kollektiv abzugeben bei Frau Kochig, Rixdorfstraße 6.
Freitag, 23. September
12. Bezirk (Schöneberg). 1. Mietskämpfer. Abends 7 Uhr Funktionärskonferenz bei Reichel, Prandheimer Straße 8.
Steglitz. Die angelegte Sitzung der Agitationskommission (Akt) aus. Klub-Sitzung nach dem Freitag.
Spandau. Abends 7 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Eitzenberg, Eitzenbergstraße 2.
Sonnabend, 24. September
16. Bezirk. 7 Uhr Agitationskommission bei Schulz, Kommissar Straße 34. Erscheinen aller Mitglieder und Kommissarinnen dringend erforderlich. Sonstige, welche sich an der Vorbereitung in Rixdorf beteiligen wollen, sind eingeladen.
Schöneberg. Abends 7 Uhr gemeinsame Sitzung der kommunalen Kommission mit den Bezirksverordneten im Rathaus, Zimmer 1.

Vereinskalender

Freitag, 23. September
Proletarischer Gesundheitsklub. Abends 7 Uhr Vorkonferenz im Lokal Eitzenbergstraße 10.
Sonnabend, 24. September
Deutscher Verkehrsclub. Abteilung Voh. Leiger- und Fernsprecherpersonal. Abends 6 Uhr Funktionäre, Betriebsrat und Betriebskommission (Klub) bei Pohlmann, Eitzenbergstr. 10. — Bezirk Berlin im Gewerkschaftshaus, Berlin O. 16, Engel-Ufer 25, Saal 1, Sitzung.
Preis Bekleidungsverein. Abends 7 Uhr, Rathaus, Zimmer 106, Gedächtnisfeier. Tagesordnung: Antritt der Vertreter in Braunau.
Verein der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen des Deutschen Reiches. Ortsgruppe Berlin. Abends 7 Uhr in den Sophienkassen, Berlin C., Sophienstraße 18, Wohlwollendste Hilfe zugunsten der Witwen und Waisen. Eintrittskarten an der Abendkasse 3.75 M. inkl. Steuer.
Mieterversammlung. Abends 7 Uhr. Das Problem der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen wird in einem Vortrag behandelt werden, den Rechtsanwalt P. Langer in einer vom Mieterbund Berlin-Steglitz organisierten öffentlichen Versammlung, 8 Uhr abends, in der Halle der Oberrealschule (Eitzenstr.) halten wird. Auch die Bedeutung der Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen für die Mieterbewegung wird behandelt werden. Die Führer der Steglitzer Ortsgruppen der politischen Parteien sind eingeladen.

Kommunistisch für Politik und Revolution: Leo Diefbach, Berlin-Friedrichshagen; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: H. Rubner, Berlin; für den Interzentrall und politische Mitteilungen: Lubowitsch, Komintern, Charlottenburg; — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, S. G. O. D., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin E. 2, Breite Straße 8-9.

Krenz, Alaska, Silber, Zobel, Rotfuchs
Kannend billig u. 300 M. an
Skunks-Garn. billig
Pelzfutter
1.50 u. 2.00 M. an
Felle f. Besatz
amer. Op. 65, austral. Op. 110, Seal U. 25, Silberfuchs 45 M. a.
Hamsterfelle
1. Sportpelz, sehr prämiert
Pelzwarenhans
A. Klab & Co.
Neuzeitlicher Str. 40/41
am Friedrichshagen Markt



Ausser Konzern.

Qualitätsware seit 34 Jahren. Achten Sie auf nebensiehende Schutzmarke.

Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F.A. Jssersiedl A.K. Ges.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf

Gewaschen mit

Dixin



Henkel's Seifenpulver